

**HESSISCHER LANDTAG****Änderungsantrag**11.01.2023
HHA**Fraktion der SPD**

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für die Haushaltsjahre 2023 und 2024 (Haushaltsgesetz 2023/2024) in der Fassung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses

Drucksache 20/9640 zu Drucksache 20/9251

Inhalt des Antrags: **Monitoring über flächendeckende Versorgungsstrukturen für Schwangerschaftsabbrüche und Schwangerenkonfliktberatung**

Einzelplan **08** **Hessisches Ministerium für Soziales und Integration**

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 08 05 Bezeichnung Verpflichtende Transferleistungen

Produktnummer 023 Bezeichnung Familienplanung Sexualberatung Schwangeren- und Schwangerschaftskonfliktberatung

Veränderungen in Euro		2023		
		von	um	auf
Produkterfolgsplan				
Nr.	Bezeichnung			
7	Summe Erträge			
14	Summe Aufwendungen	11.800.000	100.000	11.900.000

Liquidität			
Einnahmen			
Ausgaben			

Veränderungen in Euro		2024		
		von	um	auf
Produktenerfolgsplan				
Nr.	Bezeichnung			
7	Summe Erträge			
14	Summe Aufwendungen			
Liquidität				
Einnahmen				
Ausgaben				

Weitere Änderungsbedarfe (Verpflichtungsermächtigungen, Stellen, Kennzahlen etc.)

Inhaltliche Erläuterung/Begründung des Änderungsantrags

Laut Statistischem Bundesamt ist die Zahl der Anlaufstellen, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen, in den letzten 20 Jahren um 40 Prozent zurückgegangen. Auch in Hessen wird es immer schwieriger und die Wege immer länger, um eine Klinik oder eine Praxis zu finden, die einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen kann. Um eine flächendeckende Versorgung sicherzustellen ist es wichtig, im Zuge von regelmäßigen Gesprächen mit behandelnden Ärztinnen und Ärzten und Beratungsstellen aus Hessen eine Tendenz zu erfassen, um die Versorgungsstruktur langfristig sicherstellen zu können.

Wiesbaden, 10.01.2023

Für die Fraktion
der SPD
Der Fraktionsvorsitzende:

Günter Rudolph